KUBICKI-Interview für die "Hessisch-Niedersächsische Allgemeine

KUBICKI-Interview für die "Hessisch-Niedersächsische Allgemeine"

Berlin. Das FDP-Präsidiumsmitglied WOLFGANG KUBICKI gab der "Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen" (Dienstag-Ausgabe) das folgende Interview. Die Fragen stellte TIBOR PÉZSA:
Frage: Ob legal oder legitim: Was spricht dagegen, dass Unternehmen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie anfallen?
KUBICKI: Überhaupt nichts. Ich habe aber ein gewisses Grundverständnis dafür, dass internationale Unternehmen jene Finanzplätze nutzen, bei denen ihre Steuerlast am geringsten ist. Alle großen Unternehmen haben heute Steuerabteilungen in Bataillonsstärke, die sich mit nichts anderem beschäftigen, als mit der Frage, wie man Steuerlasten optimieren kann. Das kann, wie beispielsweise bei VW oder Siemens, dazu führen, dass für Investitionen keine Kredite bei Banken aufgenommen werden müssen. Was aber natürlich nicht geht, ist Steuerhinterziehung.
Frage: Eigentum sollte doch eigentlich verpflichten. Warum fällt es Regierungen so schwer, diesen Grundsatz durchzusetzen?
KUBICKI: Deutschland hat schon effektive Steuergesetze mit hohen Sätzen. Wir zahlen im internationalen Vergleich schon genug. Ich halte diese Diskussion teilweise für heuchlerisch. Man muss in jedem Einzelfall genau hinschauen.
Frage: Was müsste geändert werden?
KUBICKI: Innerhalb der Eurozone brauchen wir eine gleichgerichtete Fiskalpolitik. Das heißt, wir brauchen in den wesentlichen Bereichen europaweit die gleichen Steuersätze, jedenfalls bei der Unternehmens-, der Einkommens- und Lohnsteuer. Wir brauchen auch einen wechselseitigen Informationsaustausch über die Erträge von natürlichen Personen, also etwa auch von Deutschen im Ausland, die den jeweiligen Finanzbehörden der Wohnsitzländer mitgeteilt werden.
Frage: Warum sollte Deutschland Länder wie Irland oder Zypern unterstützen, während die uns mit Dumpingsteuern die Unternehmen abwerben?
KUBICKI: Diese Länder werben uns ja nicht die Unternehmen ab. Sie haben andere Steuersätze wie viele andere Länder auch, beispielsweise Holland, Finnland oder auch Dänemark. Wir helfen den Iren und Zyprern, weil wir darauf angewiesen sind, dass kein Land der Eurozone oder der Europäischen Union in eine Schieflage gerät, die unseren eigenen Erfolg gefährden könnte. Deutschland ist Exportland Nummer eins innerhalb der Eurozone.
Frage: Mit Luxemburg weist ein Zwergstaat in der Eurozone einen noch viel aufgeblähteren Bankensektor auf als Zypern. Haben Sie Verständnis für den Ärger der Steuerzahler über solche Verhältnisse?
KUBICKI: Ich habe Verständnis dafür, dass sich ein normaler Bürger darüber ärgern würde, wenn deutsche Steuermittel in Länder fließen würden, um dort nicht tragfähige Strukturen dauerhaft zu finanzieren. Das ist aber weder bei Luxemburg der Fall noch bei anderen Ländern um uns herum. Bei Zypern besteht das entscheidende Problem darin, dass der dortige Bankensektor Zinsen ausgewiesen hat, die realwirtschaftlich nicht unterlegt gewesen sind. Da wurden Renditen auf Einlagen gezahlt, die das Land selbst nie erwirtschaften konnte. Dass man mit Hilfszusagen verbindet, dieses Missverhältnis einzuebnen, halte ich für selbstverständlich. Weder Griechenland, noch Portugal, Italien, Frankreich oder Zypern haben aber Anspruch darauf, dass ein Lebensstandard, der nicht durch eigene Leistung unterfüttert ist, dauerhaft durch Steuerzahler anderer Länder subventioniert wird.

Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
FDP-Bundesgeschäftsstelle
Thomas-Dehler-Haus
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin
T: 030 284958-41/43
F: 030 284958-42
presse@fdp.de

Pressekontakt

FDP

10117 Berlin

Firmenkontakt

FDP

10117 Berlin

Eine Geschichte als Herausforderung.Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt.Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeits- staatliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger.Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.